

Ausländer: Ihre Lebenssituation in Deutschland hat sich verändert

Der jüngst veröffentlichte erste Bericht der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung über die Lage der Ausländer beschreibt einen tiefgreifenden Wandel in der Struktur und Lebenssituation des ausländischen Bevölkerungsteils in den letzten zwei Jahrzehnten. Die Beauftragte fordert ein umfassendes Gesamtkonzept für die künftige Zuwanderung und eine konsequente Integrations- und Minderheitenpolitik.

Den tiefgreifenden Veränderungen sowohl in der Struktur wie auch in der alltäglichen Lebenssituation der in Deutschland wohnenden Ausländer haben bisher weder Politik noch Recht und Rechtsprechung ausreichend Rechnung getragen. Dies ist die unmißverständliche Botschaft des ersten Berichtes der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, *Cornelia Schmalz-Jacobsen*. Die ausländische Wohnbevölkerung habe sich zu einem ebenso festen wie „sehr differenzierten“ Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland entwickelt. Sämtliche Integrationsbemühungen, spezielle Bildungs-, Ausbildungs- und Fördermaßnahmen, vor allem aber auch der gesetzliche Rahmen müßten geprüft werden, ob sie dieser Entwicklung noch angemessen sind.

Zunächst einmal belegt der Bericht eine grundlegend veränderte Zusammensetzung des ausländischen Bevölkerungsteils nach Nationen: Der Anteil der Migranten aus Mitgliedsländern der Europäischen Union und aus den ehemaligen Anwerbeländern geht zurück, während der der Ausländer aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus osteuropäischen Ländern ansteigt. Unter den 1992 etwa 6,5 Millionen Migranten (etwa acht Prozent der Wohnbevölkerung Deutschlands) bilden Polen (286 000) und Rumänen (168 000) mittlerweile die fünft- und sechstgrößte Gruppe. An erster Stelle rangieren die Türken mit 1,85 Millionen, an zweiter Personen aus dem ehe-

maligen Jugoslawien (916 000), gefolgt von Italienern (558 000) und Griechen (346 000).

Während noch in den ersten Jahren der Anwerbung bezüglich der Rückkehr der „Gastarbeiter“ in ihre Herkunftsländer auf allen Seiten Einvernehmen bestanden habe, müsse heute, so die Ausländerbeauftragte, realistisch von einem *Daueraufenthalt* ausgegangen werden. Ende 1991 lebte bereits ein Viertel aller Migranten länger als zwanzig Jahre in Deutschland, 40 Prozent konnten eine Aufenthaltszeit von mehr als 15 Jahren und 55 Prozent von mehr als zehn Jahren nachweisen.

Ein häufig unbefriedigender Aufenthaltsstatus

Angesichts dieser Entwicklung sei der Aufenthaltsstatus vieler Migranten unbefriedigend, moniert der über 150 Seiten umfassende Bericht an mehreren Stellen. Denn nur 863 000 der Migranten verfügten über den sichersten Status, den der *Aufenthaltsberechtigung* und 1,48 Millionen über eine *unbefristete Aufenthaltserlaubnis*. Ein folgenreiches Defizit – sei doch der feste und sichere Aufenthaltsstatus eine der zentralen Voraussetzungen für die erfolgreiche Integration.

Während die ausländische Bevölkerung zunächst nur aus Migranten bestand, die der Arbeit wegen in der Bundesrepublik lebten, umfaßt sie

jetzt alle Altersstufen. Damit entsteht nicht nur den ausländischen Familien beispielsweise ein erhebliches *Konfliktpotential*. In diesen lebten häufig Menschen zusammen, die sich in ihren Lebenswelten, den Phasen der Migration und dem Grad der Eingebundenheit in die deutsche Gesellschaft deutlich unterschieden. Gerade die häufig in Deutschland schon geborenen und aufgewachsenen ausländischen Kinder und Jugendlichen – von den 1992 in der Bundesrepublik geborenen hatte jedes achte Kind ausländische Eltern – gerieten durch die verschiedenen Einflüsse in ihrer Sozialisation, aber auch durch rechtliche Bestimmungen in sehr widersprüchliche Lebenssituationen.

Besonders an dieser Gruppe aber werde die generelle Notwendigkeit zur Differenzierung gegenüber einer immer noch verbreiteten unspezifischen Wahrnehmung *der* Ausländer deutlich. Der Bericht versucht diese schon in der Begrifflichkeit zu überwinden, indem er Kinder und Jugendliche, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, als „Kinder und Jugendliche mit ausländischem Paß“ bezeichnet. Vor allem aber empfiehlt die Ausländerbeauftragte, neben der Anforderung, beispielsweise interkulturelle Erziehungskonzepte weiterzuentwickeln oder bi- und multikulturelle Kindergärten zu unterstützen, eine Überarbeitung der rechtlichen Bestimmungen für die Gruppe der jungen Migranten, etwa Reformen im *Arbeits-erlaubnisrecht*: Junge Ausländer, die bisher – obwohl in der Bundesrepublik aufgewachsen oder gar geboren – eine Arbeitserlaubnis brauchen, sollten wie Deutsche und Bürger der Europäischen Union behandelt werden.

Unter der Perspektive der „dauerhaften Niederlassung“ der in Deutschland lebenden Ausländer müsse man sich jedoch beispielsweise auch mit den verschiedenen Problemen älter werdender Migranten beschäftigen. Immerhin rechnet die Bundesregierung mit einem Anstieg des Ausländeranteils an den über 60jährigen von geschätzt 2,1 Prozent 1993 auf 6,4 Prozent im Jahr 2010.

Überhaupt sollten alle gesetzlichen „Ungleichbehandlungen aufgrund von Staatsangehörigkeit“ erfaßt und auf ihre Angemessenheit befragt werden. Der Bericht nennt hierzu selbst einige Bereiche, die der Überarbeitung bedürfen: beispielsweise BAföG, Arbeitsförderungsgesetz, Kindererziehungszeiten, Familienkrankenversicherung, passives Wahlrecht zu den Personalräten und das Landeserziehungsgeld. „Durchforstet“ werden solle aber auch das Grundgesetz. So könnten Ausländer, die seit Jahrzehnten in Deutschland lebten oder gar hier geboren und aufgewachsen seien, in Grundrechten wie der Berufsfreiheit den Deutschen ausdrücklich gleichgestellt werden.

Sämtliche Vorschriften des Ausländergesetzes müßten sich daran messen lassen, „ob sie die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Integration der dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländer schaffen“. Dabei plädiert die Ausländerbeauftragte unter anderem dafür, denjenigen, „die ganz besonders enge Bindungen an unser Land haben, ein nicht entziehbares Aufenthaltsrecht zu verleihen“. Denn selbst in Deutschland geborene Ausländer lebten teilweise in permanenter Sorge vor einer Ausweisung, mit allen negativen Folgen für die Integration und das Zugehörigkeitsgefühl.

Deutlichen Handlungsbedarf sieht die Ausländerbeauftragte vor allem aber auch im Bildungs- und Ausbildungsbereich. Trotz einiger Verbesserungen in den letzten Jahren klappte das Bildungs- und Ausbildungsniveau zwischen den Jugendlichen mit ausländischem Paß und ihren deutschen Altersgenossen immer noch weit auseinander. Zum Beispiel besuchten 1991 26,8 Prozent der ausländischen Schüler die Hauptschule, bei den Deutschen waren es dagegen nur 13,6 Prozent. Allerdings ist – dies auch ein Indikator für die mehrfach nachzuweisende Angleichung der Lebensweise des ausländischen an den deutschen Bevölkerungsteil – bei den Schülern mit ausländischem Paß ebenfalls ein Trend zur gymnasialen Ausbildung festzustellen.

Auch auf dem *Lehrstellenmarkt* bilde-

ten ausländische Jugendliche weiterhin eine benachteiligte Gruppe. Während 1991 jeder sechste der 16- bis 19-jährigen ein Ausländer war, befand sich nur jeder dreizehnte in Ausbildung. Lediglich 37,8 Prozent der ausländischen Jugendlichen strebten eine duale Ausbildung an, bei ihren inländischen Altersgenossen dagegen 82,3 Prozent. Damit sei zu befürchten, so die pessimistische Prognose der Ausländerbeauftragten, daß im ungünstigsten Fall viele der ausländischen Jugendlichen aus dem Bildungssystem „herausfielen“ und damit das Potential für unqualifizierte Arbeitnehmer bildeten. Da für diese jedoch gesamtwirtschaftlich immer weniger Bedarf besteht, erhöht sich das Risiko der Arbeitslosigkeit enorm.

Erhebliche Benachteiligungen im täglichen Leben

Mit dieser Ausbildungssituation setzt sich zugleich die im Bericht vielfach belegte Benachteiligung der Ausländer in Beruf und Erwerbstätigkeit fort: Grundsätzlich sind die körperlichen und gesundheitlichen Belastungen an Arbeitsplätzen für Migranten überproportional hoch; durch die durchschnittlich geringere berufliche Qualifikation, häufigere Beschäftigung in krisenanfälligen Branchen usw. liegen die Löhne und Gehälter um zwölf Prozent unter denen der deutschen Arbeitnehmer; zugleich sind ihre Arbeitsplätze besonders gefährdet. Die Arbeitslosenquote der ausländischen Erwerbspersonen (im Juni 1992: 12,2 Prozent) habe seit 1980 immer über der der Deutschen gelegen und habe sowohl absolut wie auch relativ bis 1992 tendenziell zugenommen.

Der im Bericht aufgeführte Katalog der Empfehlungen, die hier Abhilfe schaffen sollen, reicht von der verbesserten Informationsarbeit für Eltern bezüglich Ausbildungschancen und -förderungen über die Überprüfung der Schulcurricula bis zu Vorschlägen der besonderen Förderung in betrieblicher Aus- und Weiterbildung.

Vielfältige Benachteiligung der Aus-

länder aller Altersstufen moniert die Beauftragte aber auch bezüglich der alltäglichen Lebenssituation. Ein besonders krasses Beispiel hierfür stellt die Wohnsituation dar: verbannt in unattraktive Wohnquartiere, verfügten ausländische Haushalte im Durchschnitt über weniger Wohnraum, der ebenso durchschnittlich schlechter ausgestattet sei, dafür aber auch mehr kostet. Deutliche Verbesserungswünsche nennt die Ausländerbeauftragte auch im Bereich von *Medien und Kultur*. In beiden seien Ausländer häufig als Gegenstand, als problembeladenes Thema präsent, viel zu selten jedoch als verantwortliche Akteure.

In diesem Zusammenhang widmet sich der Bericht auch in einem eigenen Kapitel dem Thema *Religion*, wobei er sich im wesentlichen auf Integrationsprobleme der Migranten islamischen Glaubens konzentriert. Entschieden tritt die Ausländerbeauftragte hierbei für die Einführung islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen ein. Längerfristig sei gar zu überlegen, ob nicht entsprechende Studiengänge an Universitäten einzurichten seien. Vor allem wird beklagt, daß die Deutschen im Islam meist nur dessen Karikatur bzw. Feindbild sähen.

Ein für die deutsche Bevölkerung besonders beschämendes Datum der Veränderung führt der Bericht denn auch noch auf: Die Angst der ausländischen Bevölkerung vor gewalttätigen Übergriffen hat stark zugenommen. 46 Prozent hätten bei einer Befragung die *Ausländerfeindlichkeit* als die für sie derzeit größte Sorge benannt.

Als Wurzel dieser Ausländerfeindlichkeit werden meist auch Bedrohungsgefühle bei der deutschen Bevölkerung benannt. Es besteht zumindest die Hoffnung, daß eine ausführliche und angemessene Darstellung der Lebenssituation der ausländischen Mitbürger, aber auch Zahlen beispielsweise über den Beitrag der Ausländer für unser Sozialversicherungssystem oder Informationen über die Bevölkerungsentwicklung gegenüber solchen Ängsten heilsam aufklärend wirken. Der Bericht der Ausländerbeauftragten kann dazu beitragen. A. F.